

# Wachstumskampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Wachstumskampf“ erscheint jeden Freitag nach. außer Sonn- und Feiertagen. Preis: drei Banen für Monat Anzahl 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,25 Mark. Eine Jahresgebühr: 20 Banen und Druck: Verlags-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg G.m.b.H., Halle, Lindenstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Verlagspreis: 3 Banen pro Stück. In Halle: 1. d. Müllerstraße 66a u. Spalte; 2. G. Schöppner 1. Kaffeehaus im Zentrum. Postfach 14. Tel. 1065, 1047, 2221. Zeitungsbüro: Kaffeehaus. Halle. Postkonto: Commerz- u. Privatbank Halle. Verlagskonto: Leipzig 1069 65. Adressen: Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Freitag, den 22. August 1924

4. Jahrgang \* Nr. 145

## Wachsendes Wirtschaftchaos

Das Gefüge der deutschen kapitalistischen Wirtschaft geht immer schwereren Erschütterungen entgegen. Von Tag zu Tag mehrten sich die Nachrichten, die darauf hindeuten, daß wichtige Krisenjahre die deutsche Wirtschaft erschüttern. Wir haben in den letzten Tagen massenhafte Meldungen über Betriebsstilllegungen, öffentlichen, Betriebsstilllegungen, die trotz anderslautender Begründungen doch nichts anderes als Produktionsabotage des Unternehmers sind. Einen Einblick in die augenblickliche Zerrüttung der deutschen Wirtschaft gibt die letzte Welle des Zentralverbandes des deutschen Großhandels über die unter Geschäftsaufsicht gestellten Firmen.

Die Zahl der bisher unter Geschäftsaufsicht gestellten Firmen ist auf 2870 angewachsen.

In den letzten Wochen hat diese Zahl besonders rapide zugenommen. Was lehrt diese Hofstadt der geschäftlichen Zusammenbrüche? Es muß zunächst festgestellt werden, daß eine ganze Reihe dieser Geschäftsaufsichten bewußt und planmäßig herbeigeführt worden sind. Einmal, um einen Druck auf die Regierung auszuüben und Kredite zu erzwingen, zum anderen aber auch, um sich unangenehme finanziellen Verpflichtungen zu entziehen. So meldet selbst das bürgerliche „S. u. W. B. d. B. d. L.“:

„Zahlreiche Firmen, die noch durchaus zahlungsfähig waren, meldeten Geschäftsaufsicht an, um ihren Verpflichtungen nicht nachkommen zu müssen. Das ihren Gläubigern vorzuentzogen. Sie verwandelten diese Firmen zu weiteren Geschäftsin und zum Teil sogar zu Verleumdungen gegen sehr hohe Zinsen.“

Daneben sind diese geschäftlichen Zusammenbrüche natürlich ein deutliches Zeichen der gewaltigen Abwärtsziele. Die Verarmung der Massen macht ihnen selbst notwendige Käufe unmöglich. Die Kaufkraft ist in einem solch ungeheuerlichen Maße gesunken, daß die Firmen, die zum Teil auf den letzten Absatz der Inflationszeit eingestellt waren, zusammenbrechen.

Abwärtsziele, hemmte Produktionsabotage des Unternehmens, Druck des ausländischen Kapitalismus, all das wirkt sich für die deutschen Massen in erschwerender Weise aus. Weit über eine Million Arbeitslose werden mit gegenwärtig in Deutschland haben. Das ist eine Lage, in der die wertvollen Massen mit Recht von den Parteien verlangen können, daß sie ihnen einen gangbaren Weg zur Befreiung der Zukunftsaussichten zeigen. Aber was haben diese zu sagen? Der Hinweis auf eine Befreiung der Wirtschaftslage durch Annahme des Sachverständigenkomitees ist plumper Schwachsinn. Seine Durchführung bedingt ja naturgemäß eine Erregung der deutschen Produktionsbasis. Die Londoner Zinsen geben den deutschen Kapital genügt eine Kampagne, den arbeitenden Massen jedoch bringt sie nichts als weitere Verelendung, großes Elend.

Anders ist es mit dem kommunistischen Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes, dem „proletarischen Sachverständigenkomitee“.

In ihm wird die Sozialisierung der Produktionsmittel und des Großgrundbesitzes, Nationalisierung der Banken geordert — das sind Mittel und Ziel zugleich für die deutschen Arbeiter im Abwehrkampf gegen die Kolonialisierung Deutschlands, gegen ihre Verarmung in der Kolonialpolitik der Weltkapitalismus. Sozialisierung und Nationalisierung fordern die Kommunisten im Widerstand in einem bis ins einzelne ausgearbeiteten Gesamtentwurf, den sie als das Gutachten der Arbeiterklasse für den Wiederaufbau der Wirtschaft dem Gutachten von Paris und London für die Unterdrückung der großen Mehrheit des deutschen Volkes entgegenstellen. Die Kommunisten, wenn sie den Gesamtentwurf über die Nationalisierung dem Dames-Rat im Reichstag entgegenstellen, werden dadurch nicht die Opfer sozialdemokratischer parlamentarischer Illusionen. Sie wissen, daß dieser Reichstag, daß kein bürgerliches Parlament die Aufhebung der bürgerlichen Staats- und Wirtschaftsordnung durch ein Gesetz beschließen wird.

Das kann nur das Ergebnis des härtesten, unerbittlichsten Kampfes des Proletariats gegen seine Ausbeuter sein!

## Vor gewaltigen Bergwerksstilllegungen!

Die bürgerliche Presse meldet: Halle, 21. August.

Der Absatz der Kohlensteine und der Braunkohlewerke hat sich in den letzten Monaten noch verschlechtert. In Ober-Sachsen stiegen die Steintohlenbestände vom 15. Juli bis zum 15. August von 76 000 Tonnen auf 194 000 Tonnen; eine geringe Ermäßigung der Steintohlenbestände machte sich für Kohle geltend, die von 84 000 auf 81 000 Tonnen zurückgingen. In Niedersachsen blieb die Lage unverändert für Steintohlen, während auch hier die Kohlebestände von 70 000 auf 88 000 angingen sind. Diese Situation ist besonders auffallend, weil während des letzten Monats im polnischen Oberschlesien ein Bergarbeiterstreik auch die Kohlenförderung stillgelegt hat. Am ostpreussischen Braunkohlengebiet bestanden die auf den haben stehenden Kohlenminen immer noch 286 000 Tonnen. Das ist infolge der Beherrschung des Hauptberandes hier eine kleine Erleichterung im Absatz bemerkbar, so daß man damit rechnen, keine neuen Arbeiterstreiks einlegen zu müssen.

Insgesamt betrachtet, ist die Lage auf dem Kohlenmarkt aber so außerordentlich kritisch, daß mit neuen Arbeiterstreikungen an größeren Stillsetzungen gerätet werden muß, wenn nicht infolge der Durchführung des Sachverständigenkomitees eine neue Befreiung der Industrie und neue Nachfrage nach Kohlen eintritt.

## Der Petroleumkrieg um Moskau

Die wachsende Bedeutung des Petroleums — Imperialistische Strebungen — Die Unterdrückung der Mesopotamier — Abbruch der Mollathronerz — Die Mollathronerz als drohende Kriegsgefahr von A. u.

Vor der fünften Beräumung des Völkerbundes, die am 1. September beginnt, tritt der Völkerbundsrat am 29. August noch zu einer Tagung zusammen, die der Vorbereitung der Beräumung gilt. Die englische Regierung hat für diese Tagung dem Rat einen wichtigen Verhandlungsgegenstand überwiesen, nämlich die Mollathronerz, ob die Verhandlungen zwischen der englischen und türkischen Regierung über diesen Gegenstand, der seinerzeit in den Lausanne Friedensverhandlungen von dem Vertrag abgetrennt wurde, zu keinem Ergebnis führten. Da augenblicklich die Nachrichten über das Königreich Iran für England nicht günstig lauten, hat es gemäß den Vereinbarungen beim Völkerbundrat beantragt, sich mit der Frage der Befreiung der Grenzen des Iran zu befassen. Dies bedeutet unangenehme, für den Rat sehr lästige Verhandlungen.

Hinter dieser so unheimlichen Meldung, welche die bürgerliche Presse in den letzten Tagen brachte, verbirgt sich eine Welt von Intrigen und imperialistischen Gegenständen. Denn die Frage, um die es sich hier dreht, hat eine außerordentlich wirtschaftliche Bedeutung. Das Mineralöl (Mollathronerz), eine der reichsten ehemaligen türkischen Provinzen, etwa 91 000 qkm groß mit über 700 000 Einwohnern, an der Grenze der heutigen Türkei und Mesopotamien gelegen, hat eminent ergebliche Petroleumvorkommen, von deren Besitz der Streit zwischen der Türkei und den imperialistischen Großmächten nunmehr schon seit Jahrzehnten geht.

Petroleum ist eine Angelegenheit, die in der Weltökonomie und im Weltverkehr eine immer entscheidendere Rolle zu spielen beginnt. Für die Verwendung des Dieselmotors kommt nur Öl in Frage, wie auch schon die amerikanische und japanische Flotte von der Kohle auf Öl umgestellt sind. Dieselbe Entwicklung wird sich in nächster Zeit in allen Ländern in steigendem Maße zeigen, das ist sich doch herausgestellt, daß z. B. die Schiffsmotoren eine Kohlenmaschine mit einem Kueffert von 15 Prozent, der Dieselmotor (Öl) jedoch mit einem solchen von 80 Prozent arbeitet. Diese Tatsache zeigt schon die außerordentliche Bedeutung des Petroleums.

„Es handelt sich um eine imperialistische Machtfrage ersten Ranges. Wer das Petroleum mit den nötigen Extensionen haben wird, der wird auch die wirtschaftlichste Vorherrschafft besser erwerben können (Umstellung auf Oelfeuerung) als die Konkurrenz.“ (A. Maslow.)

Bereits 1896 suchte der amerikanische Admiral Chester um Konzessionen für Mesopotamien nach. Vergebens. Gute Worte bekam er, aber weder Bergbau- noch Eisenbahnkonzessionen. Glücklich war die Bagdadbahn-Gruppe, an der hauptsächlich englische und deutsches Kapital beteiligt war. Die Schiebungen und Intrigen, an denen sich die beiderseitigen Regierungen wader beteiligten (es ging ja um die Erziehung neuer Kohlenquellen, Abgabebiete und Einflusssphären), endigten bei Beginn des Weltkrieges mit der Inbesitznahme des mesopotamischen Petroleumgebietes durch die Anglo-Persian Oil Co. (Englisch-Persische Oel-Gesellschaft).

Im Dezember 1919 gelang es dann Lord George, auf Grund der Tatsache, daß kein französischer Verhandlungspartner, der „Tiger“ Clemenceau tatsächlich keine Ahnung hatte, um die mesopotamischen Petroleumvorkommen liegen, diese Frankreich abzulassen. Diese Schwindel wurde durch das im April 1920 in San Remo abgeschlossene Abkommen befestigt. Vorher hatten schon die Briten den Franzosen das Recht in Mollathronerz schwer gemacht, indem sie Klüftungen einheimischer Völkerstaaten injektierten. Besonders die Russen erhielten regelmäßig englische Subsidien sowie Kriegsmaterial, und ihr Führer Semajewski A. u. S. i. m. f. mit einzigem Gedanke ein recht wohlhabender Mann geworden. Die Inbesitznahme der Petroleumgebiete durch die Anglo-Persian Oil Co. (ein englisch-holländischer Konzern), mit der vorerwähnte Anglo-Persian Co. eng liiert ist, wurde von den amerikanischen Gesellschaften, an ihrer Spitze die Standard Oil Co. des Herrn Rockefeller, mit einer heftigen Offensive beantwortet. Die amerikanische Regierung als Geschäftsführerin der kapitalistischen Trufts setzte sich heftig für diese ein und erzielte durch den Admiral C. e. f. r. auf der Lausanne Konferenz eine hochprozentige amerikanische Beteiligung an der Ausbeutung der mesopotamischen Oel- und Petroleumvorkommen.

Auf dieser Konferenz, die zu Beginn des Jahres 1923 stattfand, gerieten Lord Curzon und Zsmjed Pascha, der

## Heftige Streikämpfe in Frankreich

Bewaffnete Kohletruppen verhaften Polizisten und befreien proletarische Gefangene

(Eig. Drahtm.) De Saure, 22. August.

Heute wurde eine große Streikversammlung von einem mit Handgranaten ausgerüsteten Polizeiaufgebot überfallen. Eine Reihe von Verhaftungen wurde vorgenommen. Die Gefangenen wurden in der Nacht zum 21. August zur Antwort auf die Verhaftungen der Polizeibanden heroisch überfallen, bewaffnete Kohletruppen der Streikenden die Polizeiwache und befreiten ihre Kampfgenossen und verhafteten alle auffindbaren Polizisten.

## Auch die Radio-Telegraphisten im Ausland

(Eig. Drahtm.) De Saure, 21. August.

Der Verband der Radio-Telegraphisten hat, nachdem die am 2. August aufgestellten Forderungen abgelehnt worden sind, beschlossen, sofort in den Streik zu treten.

## Sozialdemokrat Meyer will Streikbruch organisieren

(Eig. Drahtm.) De Saure, 22. August.

Gestern erlich der sozialdemokratische Bürgermeister Meyer folgenden Aufruf an die streikende Arbeiterklasse: „Meinerseits kann ich versichern, daß es mir in kürzester Zeit möglich sein wird, eine bedeutende Befreiung der Lage herbeizuführen. Möge sich jeder an seine Arbeitsetzungen beteiligen. Beweist er, daß es ihm nur um eine Befreiung seiner wirtschaftlichen Lage zu tun ist und nur dadurch wird er für mich die Möglichkeit schaffen, um so früher das Ziel zu erreichen, das ich mir gestellt habe: eine Befreiung des Volkes der Seelente und ihrer Familien.“

Die Angaben des Herrn Meyer, nach denen einige Seelente Streikbruch begangen haben, sind logar nach den Meldungen der bürgerlichen Zeitungen, die über unverminderte Fortdauer des Streikes berichten, erlogen.

(Eig. Drahtm.) De Saure, 21. August.

Auf Befehl des sozialdemokratischen Handelsministers Meyer, ist heute eine Abteilung Weichmaner und Zeiger der Nationalen Marine von Lyon nach Paris kommandiert worden, von wo aus sie nach De Saure geschickt werden sollen, um Streikbrecherdienste zu leisten.

## Zortgang des Breiter Doharbeiterkreises

(Eig. Drahtm.) De Saure, 21. August.

Der Streik der Doharbeiter in West nimmt seinen Zortgang. Die Unternehmer haben eine tägliche Lohnerhöhung von zwei Franken vorgezogen. Das würde einen Tagelohn von 18 Franken ausmachen, ohne besondere Zulagen für die Weberhanden. Die Streikenden beharren auf ihrer Forderung von 24 Franken.

## Auch die Marzeiller Seelente im Ausland

(Eig. Drahtm.) Marzeille, 21. August.

Am die Streikbewegung in De Saure zu unterstützen, haben die Seelente in Marzeille zunächst einen einseitigen Sympathiestreik durchgeführt. Da die Schiffgesellschaften mit Reserven gegen die Maßnahmen drohten, und auch auf die öffentliche Auslieferung der revolutionären Gewerkschaften sich weiteren, irgendwelche Verpflichtungen in bezug auf Streikmaßnahmen einzugehen, verpflichten die Seelente die Schiffe und proklamieren den Streik.

Die vielen Nachrichten über Streiks und Arbeiterkämpfe sind nicht ohne Zusammenhang. Sie sind der Ausdruck der steigenden Erschütterung des kapitalistischen Systems, der Beginn einer neuen revolutionären Welle im internationalen Maßstab. Die französischen Arbeiter heigern ihre wirtschaftlichen Kämpfe zu bewaffneten Kämpfen gegen die eigene Ausbeuterklasse. Das kennzeichnet die Schärfe der Klassengegensätze und die Kraft der revolutionären Erregung in den kämpfenden Massen.

Das Zusammenreffen der verärferten Klassenlager in den Ländern der westlichen Imperialisten (trotz der sogenannten „Antispolitt“) und gerade durch sie begründet) mit der tiefen Zuspaltung in Deutschland nach der Londoner Konferenz eröffnet eine Ära der internationalen revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse. Die „paritätische“ Ära bringt hat „Befreiung“, „Wohlfahrt“ und sonstigen schönen Dingen folgerichtig eine Welle neuer revolutionärer Kämpfe.

Vertreter der Angora-Regierung, wegen der Mossfrage hart aneinander. England wollte sich dieses riesige Petroleumgebiet unter seinen Umständen entgehen lassen und ließ kein Mittel unversucht, um es in seine Hände zu bekommen.

Es ist gerade ein halbes Jahrzehnt her, seitdem der Emir Faissal, den die Engländer befohlen hatten, sich zum König des von den Franzosen besetzten Syriens und der Unabhängigkeit des Landes zu erklären, von den Franzosen verjagt wurde. England erwies sich diesem fauleren Sprößling der Habsburgerfamilie, dessen Vater Hussein im Hebräisch und dessen Bruder Abdulla in Transjordanien regieren, nicht unanständig. Es ließ 1920 den auf der Suche nach einer Krone herumirrenden Faissal durch eine Versammlung von Arabern, die launt und launisch durch eine Versammlung von Arabern, die launt und launisch waren, zum König des Irak (Mesopotamien) wählen. Faissal, der in Sauss und Veit laut, wird in politisch von dem hohen Kommissar des Irak, dem englischen Lord Sir Percy Cox, kontrolliert. Und diese Kontrolle heißt auf deutsch, daß der „König“ nichts als ein Werkzeug des die Regierung wirklich in Händen habenden Vertreters der englischen Regierung ist. Und mochten die Konventionen, mochten die Überlegenheit der „Arbeiter“ Macdonald über die Ministerkette des „Königs“ Georg V. brüden — Sir Cox griff immer mit derselben mittelalterlich barbarischen Grausamkeit durch.

Denn die Bevölkerung will nichts von der britischen Auslagererherrschaft wissen. Sie lehnt sich mit allen Mitteln gegen sie auf und sieht gerade jetzt in ihrer Position sowohl zu England als auch dessen Verbänden Faissal, der tatsächlich jenen Vertrag unterzeichnete, der

den Engländern das Recht „zur militärischen Verteidigung des Irak“ einzuräumen.

Dieses „Recht zur militärischen Verteidigung“ bedeutet nichts weiter als die militärische Besetzung Mesopotamiens zur Sicherstellung seiner wirtschaftlichen Ausbeutung durch die englischen Imperialisten.

Es hat Kampf genug gegeben, bis es diesen gelang, den Vertrag zur Durchführung zu bringen. In den Straßen Bagdads kam es zu schweren Kämpfen, bei denen die bis zum Aufreißten gereizte Bevölkerung zahlreiche von den Briten ausgehaltene Angehörige erschlug. Zum erstenmal trat die bisher in Mesopotamien unbekannte Protestbewegung des Streiks in Erscheinung. — Trotzdem gelang es den Marionetten der englischen Imperialisten, durch Niederartikulation der Bevölkerung und Betrugsmanöver gegenüber der parlamentarischen Opposition, den Vertrag zur Durchführung zu bringen. Aber die protestierende Stimmung wird von Tag zu Tag härter. Immer wieder erhebt sich die Bevölkerung zum Kampf, und kaum ein Tag vergeht, der nicht Meldungen von Demonstrationen gegen die englischen „Schlichter“ und Faissal bringt.

Zudem ist der türkische Widerstand gegen die Ueberlieferung Mossils an England, das dieses Gebiet dem Irak einverleiben will, vollkommen ungebrochen. Auf der Kaukasus-Konferenz kam man in der Mossfrage zu keinem Ergebnis und gab England und der Türkei auf, diese Sache von sich aus zu regeln. Aber die zu diesem Zweck am 19. Mai 1924 stattgefundenen

Mosskonferenz endete schon nach vier Sitzungen mit einem Bruch.

Beweisend war, daß die Engländer ihre Forderungen noch verschärften. Er erklärte u. a., daß die Bevölkerung Mossils noch nicht reif sei, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Eine nette, aber schon etwas abgeleierte Phrase, die in Afrika wie in Asien den englischen Imperialisten und ihren Arbeiterarbiträren dazu dient, jede Autonomiebewegung der Kolonialbevölkerung im Blut zu erstickend.

Nunmehr wird die Frage, wer das Mossgebiet erhalten soll, nächste Woche dem Völkerbundstag vorgelegt werden. Er wird nicht für die Türkei entscheiden. Ob er für England entscheiden wird, ist noch sehr zweifelhaft, da ja auch die amerikanische und neuerdings auch wieder der französische Imperialismus an dem Ding an das Petroleum hochgradig interessiert sind.

Kein Arbeiter darf vergessen, daß die Frage Moss als einen Doppelschritt zum Krieg hin bedeutet.

Denn erkennen können die Konflikte, die sich immer wieder bei dem Wettrennen um neue Rohstoffquellen und Absatzgebiete ergeben, jederzeit zu bewaffneten Auseinandersetzungen führen. Zum anderen verbinden die imperialistischen Kräfte die technischen Fortschrittmöglichkeiten, die ihnen das Petroleum bietet, fast nur zu Verwollung ihrer Kriegszwecke, um jederzeit zur Führung des Krieges, der der Mittelpunkt des gewaltigen Konkurrenzkampfes sein wird, bereit zu sein.

Ein Warnsignal ist die Behandlung der Mossfrage von dem Völkerbund für alle Weltbewohner. Laut und deutlich erklären auch die erwachenden Völker Mians, daß sie nicht zulassen sind, für ihre Herren die Kassen aus dem Feuer zu holen, sondern jenen Kampf aufnehmen werden, der für sie eine Befreiung im doppelten, im nationalen und sozialen Sinne sein wird.

### Wardanahlag auf den jüdischen Militärrat in Sofia

Belgrad, 21. August.

Unbekannte Individuen verübten dieser Tage in Sofia gegen den jüdischen Militärrat, Obersten Mitrowski, als er in der Nähe seiner Wohnung war, einen Anschlag. Einige Revolverkugeln wurden gegen den Obersten abgefeuert, gingen aber alle fehl. Dies ist verhängnisvoll genug, da Mitrowski der dritte Anschlag gegen den jüdischen Militärrat in Sofia.

Die Regierung wie ihre Vertreter in Sofia an, sofort bei der bulgarischen Regierung Protest einzulegen; sie wird aber in kürzester Zeit, sobald ausführliche Berichte über diesen Vorfall eingelaufen, Bericht über weitere in Sofia vorzunehmende Schritte einlegen.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dieses Attentat von macedonischer Seite ausgeht. Die Mazedonier, deren frühere Gebiete zu je einem Fünftel an Griechenland und Bulgarien und zu drei Fünfteln an Jugoslawien gefallen sind, kämpfen heute hauptsächlich um die Befreiung ihrer Treibenden in Jugoslawien. Während der Radikaler Bauernpartei, die befaßt ist die bulgarische Regierung unterstützt, ist es diese zu zwingen, den unterdrückten Mazedonern die nationalkulturelle Selbstbestimmung unter allen Umständen zu gewähren.

# An alle Betriebsräte Mitteldeutschlands!

Betriebsräte! Kollegen und Genossen!

Die Wirtschaftskrise wächst! Bei den Hungerlöhnen der Proleten sinkt die Abnahmefähigkeit für die Industrie! Die Kapitalisten werfen immer neue Tausende von Arbeitern auf die Straße! Das ungeheure Erwerbslosentum dient der Ausbeuterklasse als lohnbrückende Reservearmee! Das Schwerkündigungsgericht ist beseitigt nicht die Wirtschaftskrise! Im Gegenteil! Um die Reparationslasten auf Grund des Dawes-Abkommens ohne Schmälerung der kapitalistischen Profite entrichten zu können, folgt eine neue Herabsetzung der Löhne, eine neue Verlängerung der Arbeitszeit und dadurch eine weitere Vergrößerung des Erwerbslosentums! Die Kapitalisten wollen eine so ungeheure Notlage bei der Arbeiterklasse herbeiführen, damit sich die Proleten willig als Lohnbrücker und Streikbrecher hergeben lassen!

Betriebsräte! Kollegen und Genossen!

Ihr seid die berufenen Führer der Arbeiter in den Betrieben! Ihr habt die Aufgabe, in der Betriebe die Massen zum Kampf gegen das internationale Kapital, gegen die Durchführung des Sachvertragsabkommens zu mobilisieren. Ihr seid die vorläufigen Organe, die die Wirtschaft im proletarischen Sinne zu leiten haben werden und die den Massen klarzumachen haben, daß die Wirtschaft nicht unter die Leitung internationaler Kommissare kommen darf!

Ihr dürft nie vergessen, daß große Teile der heute noch in Arbeit stehenden Kollegen auf Grund des Sachvertragsabkommens sehr bald erwerbslos sein werden. Ihr

müht deshalb die Verbindung mit Euren erwerbslosen Kollegen aufzunehmen.

Arbeitende und erwerbslose Proletarier gehören zusammen!

Betriebsräte und Erwerbslosenräte müssen gemeinsam arbeiten!

Am Sonntag, dem 24. August, findet vormittags 9 Uhr in Halle in der „Produktiv-Gewerkschaft“, Berdenfeld, Straße 14, eine gemeinsame Konferenz der Betriebs- und Erwerbslosenräte für ganz Mitteldeutschland statt.

Betriebsräte! Erwerbslosenräte! Kollegen und Genossen! Jeder Grobbetrieb, jeder Erwerbslosenrat muß eine Delegation zur mitteldeutschen Betriebs- und Erwerbslosenkonferenz entsenden!

Stellt die einheitliche Führung des Proletariats her! Schwächt die proletarische Klassenfront innerhalb und außerhalb der Betriebe zusammen! Seid Euch bewußt, daß die Zusammenfassung der proletarischen Massen von ungeheurer Bedeutung ist. Denkt daran, daß wir den größten Kampfen um Arbeit und Lohn entgegengehen! Denkt daran, daß dieser Kampf der Auftakt sein muß zu größten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Bourgeoisie und Proletariat!

Halle, den 22. August 1924.

## Die mitteldeutschen Erwerbslosenräte

Die Genossen hatten im vergangenen Herbst eine Hunderttausend organisierte und unter freiem Himmel eine Versammlung abgehalten. Diese Versammlung wurde aber von der Sipo getrennt und die empfangenen Genossen verhaftet. Unter den Verhafteten befand sich auch der Spiegel Eugen Scheible, der bereits seit drei Monaten die Mitgliedschaft der KPD erworben hatte. Scheible wurde aber sofort wieder von dem Oberlandjäger Rißel freigelassen, nachdem er sich gegenüber als ein Spitzel des Stahlhelmbundes legitimiert hatte.

Während der Verhandlung lagte Scheible auf Befragen des Vorsitzenden unter Eid folgendes aus:

„Ich habe von Herrn v. Eshoff den Auftrag bekommen, mich als Arbeiter bei den Kommunisten einzumischen und alles zu berichten.“

Diese Zeugenaussage beweist also ganz klar, daß der Stahlhelmbund systematisch versucht, in die Reihen der Partei einzudringen und unsere Genossen auszubilden. Wieder ein Beweis dafür, daß unsere Genossen die größte Feindschaft bei der Übernahme von Mitgliedschaften durch den Stahlhelmbund erfahren. Die Tätigkeit des Stahlhelmbundes wurde aber während des Jahres noch durch folgenden Vorfall illustriert: Aus dem Güterbereich meldete sich ein Arbeiter namens Ulm auf, der noch weitere Aussagen über Scheible machen wollte. Der Gerichtsbescheid wollte das aber nicht zulassen. Erst auf Gerichtsbescheid konnte Ulm auf folgendes sagen: „Ich fuhr mit Scheible ein. Einmal fuhr ich nach der Verhaftung der Angekl. Dort lagte Scheible mir, den habe ich es aber ordentlich gegeben.“ Nicht ohne Interesse ist die Tatsache, daß Scheible im Stahlhelmbund erst aufgenommen wurde, nachdem er einen Beweis für seine Tätigkeit erbracht hatte. Und diesen Beweis lieferte er durch seine Spitzeltätigkeit bei der KPD.

Von den 18 Angeklagten wurden neun freigesprochen und auch andere zu Gefängnisstrafen von 3 bis 4 Monaten und Geldstrafen in der Höhe von 10 M. verurteilt.

## Neues vom Staatsgerichtshof

(Eig. Draht.) Stargard, 22. August.

Die Aktion des Staatsgerichtshofes gegen die Kommunistische Partei wird jetzt weiter durchgeführt. In Stargard im Pommer liegen seit Monaten eine große Anzahl von Genossen in Untersuchungshaft. Über 100 Verhandlungen sind vom dortigen Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes bereits durchgeführt worden.

Der Genosse Klausch wird von diesem Untersuchungsrichter aufs grausamste folteriert. Wie weit die Arbeit dieses Menschen geht, beweist folgender Vorfall:

Ein Kind des Genossen Klausch lag schwer krank im Krankenhaus. Der Tod trat ein. Die Krankenhausverwaltung teilte dem Untersuchungsrichter des Genossen Klausch mit, auf Anordnung des Untersuchungsrichters wird über sämtliche Post, die an die Heimatadresse des Genossen Klausch geht, zurückgelassen die Post gehalten und als die Frau des Genossen Klausch endlich in den Besitz der Mitteilung des Krankenhauses kommt, ist natürlich die Verbindung ihres Kindes längst vom Leben gegangen.

Das tragische Schicksal des Genossen Klausch will es nun auch bei ihm Vater nicht. Auf Antrag des Verurteilten wird ein Gutachten des Untersuchungsrichters und Staatsgerichtshofes eingeholt. Der Antrag wird in der beabsichtigten Weise sowohl vom Untersuchungsrichter als vom Staatsgerichtshof abgelehnt.

Man sollte solche perfide Arbeit nicht für möglich halten. So wenn es Fallstricken wären!

## Bayerische Arbeiter gegen Verbot der KPD.

Aus München wird uns geschrieben: „Die brutale Wiederdurchführung, die die bayrische „Ordnungsregierung“ des Reichstages in der Frage der Aufhebung des Parteienverbots zeigt, hat selbst die sonst so lautmurmende bayrische Arbeiterbewegung mit Empörung erfüllt. Eigig wird in den Betrieben dieser neue Streich der bayrischen Rechtsbrecher diskutiert.“

In einer Reihe von Betrieben haben Belegschaftsversammlungen und Vollfunktionärversammlungen der Betriebsräte ihren Unwillen kundgetan. Sie verlangen die Aufhebung des Reichstages sofort und die freien Wahlen gegen den Beschluß des Reichstages sofort zu haben. Zurzeit liegen aus solche Beschlüsse vor aus der Eisenbahnfabrik Nürnberg-Augsburg, den K. u. K. Eisenwerken, Brechert Leisner und der Holzverlebung der Betriebsräte der Metallindustrie Nürnberg.

Die bayrische Arbeiterkraft wird sich durch weitere Verbote ihrer Partei nicht hindern lassen, alle notwendigen Kampfmaßnahmen die kapitalistische Republik und ihren kapitalistischen Bapern durchzuführen.

## Die Verflauungsgeleze

Berlin, 22. August.

Dem Vorkesseln des Reichstages liegen gegenwärtig die Ausführungsgeleze zu dem Londoner Pakt vor. Es handelt sich um folgende acht Entwürfe:

1. Das Kartellgesetz.
2. Statuten der Kartell als besonderes Gesetz.
3. Münzgesetz.
4. Rentenbank-Umwandlungsgesetz.
5. Reichsbahngesetz.
6. Statuten der neuen Reichsbahn-Gesellschaft.
7. Tabaksteuergesetz.
8. Kartellgesetz über die Londoner Abmachungen.

Der Reichstag tritt heute zusammen. Zunächst wird die Regierung eine Erklärung über die Londoner Verhandlungen abgeben. Spätestens am Donnerstag der kommenden Woche muß die Schlusssatzung in London gefestigt sein.

Der Kampf um die Zustimmung zu diesen Ausführungsgelezen geht hinter den Kulissen weiter. Nicht, als ob die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Rechten, ernsthaft daran denken, mit der Ablehnung der Geleze die Londoner Abmachungen zu Fall zu bringen. In diesem Punkte, B. h. also in der Frage der Art der Ausprägung der deutschen Massen sind sie sich einig. Aber die Preissteigerungen und zum Teil, um mit der Drohung der Ablehnung besondere Konzessionen für sich herauszuschlagen, setzen B. die Deutschnationalen der Zustimmung noch einen Scheinwiderstand entgegen. So haben sie in ihrer letzten Verlautbarung wieder einmal „ebenfalls“ „unbillig“ — Berlin geäußert. Was er erst es dem ist, zeigt die Verhandlung des Reichstages über das Sachvertragsabkommens. Die deutschnationalen Ministerpräsidenten Meißner, Württemberg, Thüringens verstanden es durch geschicktes Redieren, die Zweidrittelmehrheit für die einzelnen Geleze nicht zu gefährden.

Darüber hinaus und unabhäugig von dem heute im Reichstag die Kommunistischen Vertreter sprechen. Sie haben bereits bei ihrer Zusammenkunft mit dem Reichstagsrat und mit der Eingabe der Sozialistengesetz-Entwürfe deutlich gezeigt, daß es ihnen mit dem Kampf gegen das Londoner Kartell-Abkommen ernst ist. Die Regierung selber hat das längst erkannt. Ihre letzten Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei, unanständige Presseverbote, Verhaftungen, einer nach dem anderen, erhöhte Spitzeltätigkeit, beweisen das.

Wir Kommunisten lassen uns durch diese brutalen Unterdrückungsversuche nicht beirren. Wir wissen zu gut, wie stark der Widerstand ist, den wir gegenwärtig weit über die Reihen der kommunistischen Arbeiterkraft hinaus bei den von dem Staatsapparat bedrohten Massen finden. Wir werden den Kampf mit der deutschen Bourgeoisie und ihren Helfershelfern in der Regierung und den sozialdemokratischen Redaktionsbüros aufnehmen.

Auf unserer Seite die Wälle der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinrentner stehen wird, daran kann kein Zweifel sein!

## SPD-Gewerkschaftsführer für den Hungerpakt

(Eig. Draht.) Köln, 22. August.

Die freien Gewerkschaften des Kölner Industriegebietes haben an die Regierung und an den deutschnationalen Reichstagspräsidenten eine Entschließung geschickt, ohne auch nur im geringsten die Arbeiter zu befragen. In dieser Entschließung wird gesagt, daß die Gewerkschaften, womit die sozialdemokratischen Kräfte gemeint sein sollen, von dem Ergebnis der Londoner Konferenz Kenntnis genommen hätten. Eine Reihe von berechtigten deutschen Wünschen seien nicht erfüllt worden. Auch zeitlicher Erwidrigung seien die Herren sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer jedoch zu der Ansicht gekommen, daß das Resultat der Konferenz trophem die benötigte Befreiung erhoffen läßt. Sie fordern deshalb von der Regierung und vom Reichstag, die zur Durchführung der Verflauungspläne notwendigen Geleze ohne Zeitverlust anzunehmen, in der Annahme, daß die Massen in gesetzlicher Weise, B. h. nach Tragfähigkeit der einzelnen Bevölkerungsklassen, verteilt werden.

Das Bezirksrat der SPD, in Düsseldorf, verabschiedete eine ähnliche Entschließung, woraus zu erkennen, daß es sich um eine Anwendung der SPD-Wörter handelt. Geradezu habhäniglich ist der Satz, daß man annehme, die Massen würden in gesetzlicher Weise nach der Tragfähigkeit der einzelnen Schichten verteilt, womit man zugleich, daß die an der Entschließung der Schichten unbedingten und außerordentlich ausgeprägten Arbeitermassen neue Lasten ausgehakt bekommen sollen.

## Die Spitzelmethode des Stahlhelmbundes

(Eig. Draht.) Weiseneck, 22. August.

Einen interessanten Aufschluß über die Spitzelmethode des Stahlhelmbundes gegen die KPD, erbrachte ein Prozeß vor dem Spitzelgericht in Weiseneck.

18 Genossen mußten sich vergangenen Sonntag vor diesem Gericht wegen Bildung proletarischer Handwerkskassen verantworten.



# R. P. D.

Bezugsleitung für Halle-Merseburg  
 Bureau a. Kasse: Lindenstraße 14, Fern-  
 ruf 1023 - Verbandskasse Leipzig 107 001  
 Büro: Sankt-Nikolaus-Straße 10  
 Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr Son-  
 abends nachmittags geschlossen.

## Drittsgruppe Halle

Offen der Glanz-Mittelschule. Heute abend 1/8 Uhr in der Turnhalle, Tauben-  
 höfchen: Gitarrenkonzert  
 Mittelschule der Gemeindefreien hat heute abend 8 Uhr in der  
 „Produktiv-Genossenschaft“ Material in Mitbringen.  
 Frauen-Konzerte. Sonntag, 1 Uhr mittags, im „Volkspart“ zur Mitwirkung  
 beim Kinderfest der Zentralkomitee Arbeitsschüler.  
 SPD-Revolution des Deutschen Arbeiterbundes. Montag, abend 1/8 Uhr, in der  
 „Produktiv-Genossenschaft“, Reaktionshaus.  
 SPD-Revolution des Deutschen Arbeiterbundes. Montag, abend 1/8 Uhr,  
 in der „Produktiv-Genossenschaft“, Reaktionshaus.  
 SPD-Revolution der Glanz- und Gemeindefreien. Montag, abend 1/8 Uhr, in der  
 „Produktiv-Genossenschaft“, Reaktionshaus.

## Halle-Saalfreis

Freitag, 22. August, abend 8 Uhr, „Süßgarten“: Mitgliederessen.  
**Mansfelder Secreteis**  
 Mittwoch, 22. Juli, abend 8 Uhr, Café Beinhorn: Mitgliederessen.  
 Gieseler. Sonntag, 24. August, abend 8 Uhr, „Volkshaus“: Mitgliederessen.  
 Kollisch. Sonntag, 24. August, abend 8 Uhr, bei Deuß: Mitgliederessen.  
 Reichen. Sonntag, 24. August, abend 8 Uhr, „Weißes Rot“: Mitgliederessen.

## Kreis Delitzsch

Delitzsch. Dienstag, 26. August, abend 8 Uhr, „Lindenhof“: Mitgliederessen.  
**Kreis Weißenfels**

Weißenfels. Die Funktionsträger finden am Freitag nicht um 8 Uhr, sondern am  
 7 Uhr in „Schützenhaus“.  
 Weißenfels. Sonnabend, 23. August, abend 8 Uhr, „Volkshaus“: Mitgliederessen.

## Kreis Zeitz

Zeitz. Sonntag, 23. August, abend 8 Uhr, im „Golfhof“: Offentliche Volks-  
 versammlung.  
 Naumburg. Sonnabend, 23. August, abend 8 Uhr, „Zum Wald“: Mitgliederessen.

## Kreis Torgau

Torgau. Sonnabend, 23. August, abend 8 Uhr, „Golfhof“: Mitgliederessen.

Wo? Wo? Wo?  
 gehen wir Freitag, Sonnabend  
 und Sonntag hin?

**Rad, Weidmannslust!**  
 Mittelstraße 18

Großer Hummel, galoppierend die beliebte  
**Äroler-Kapelle „Saronia“**  
 Mitwirkend das „Kriegel-Orchester“  
 muss einleiten.  
 Karl Barz

Ab Freitag 2476

**Sonder-Angebot**

nur guter billiger Schuhwaren

Lederstiefel 18/20 2,45 2,95

Leder-Haus- u. Spangenschuh 4 95

Eleg. Schnür- u. Spangenschuh 5 95

Herren-Arbeitsstiefel 7 95

Herren-Gebirgstiefel 8 95

Herren-Hindortstiefel 9 95

Herrn-Regenstiefel 12 95

Schuhhaus Roland

Steinweg 19, gegenüber Jacobstraße

Todesurteil bringt Riesolds

**Läusen, Wanzen**

plagen, löst es bei Mensch und Tier  
 sofort! Schurig, Steinweg 10. [247

Empfehle:

pa. Rindfleisch zum Braten und Kochen

pa. Sandichweinefleisch

pa. Kalbfleisch

pa. Hammelfleisch

pa. hauschlachtene Wurstwaren

bei billiger Preisstellung

**hermann Böhler**

Glauchauer Str. 75 [246

Arb.-Turn- u. Sportverein, 1893

**Platzweiche**

Bestehen in inneren sportlichen

Verhältnissen, z. B. Fußballspielen,

so wie auch, wenn wir die gemein-

schaftlichen, freundschaftlichen und

sonstigen Beziehungen berücksichtigen

ist die Teilnahme an den

Wettbewerben um 10. Internationaler

Jugendtag.

Gruppe Süd, abend 8 Uhr, in

der „Produktiv-Genossenschaft“.

Gruppe Nord, am

Volksplatz.

Wir erwarten das

Ergebnis mit Interesse.

Sonnabend, 23. August, abend

8 Uhr, im „Golfhof“: Mitgliederessen.

Sonnabend, 23. August, abend

8 Uhr, im „Golfhof“: Mitgliederessen.

Sonnabend, 23. August, abend

8 Uhr, im „Golfhof“: Mitgliederessen.

Sonnabend, 23. August, abend

8 Uhr, im „Golfhof“: Mitgliederessen.

Sonnabend, 23. August, abend

8 Uhr, im „Golfhof“: Mitgliederessen.

Sonnabend, 23. August, abend

8 Uhr, im „Golfhof“: Mitgliederessen.

Sonnabend, 23. August, abend

8 Uhr, im „Golfhof“: Mitgliederessen.

Sonnabend, 23. August, abend

8 Uhr, im „Golfhof“: Mitgliederessen.

Sonnabend, 23. August, abend

8 Uhr, im „Golfhof“: Mitgliederessen.

Sonnabend, 23. August, abend

8 Uhr, im „Golfhof“: Mitgliederessen.

Sonnabend, 23. August, abend

8 Uhr, im „Golfhof“: Mitgliederessen.

Sonnabend, 23. August, abend

8 Uhr, im „Golfhof“: Mitgliederessen.

Sonnabend, 23. August, abend

8 Uhr, im „Golfhof“: Mitgliederessen.

Sonnabend, 23. August, abend

8 Uhr, im „Golfhof“: Mitgliederessen.

Sonnabend, 23. August, abend

8 Uhr, im „Golfhof“: Mitgliederessen.

# Abschiedsfeier der ZM.

für die in Mitteldeutschland untergebrachten  
 Arbeiterkinder aus dem Ruhrgebiet

Sonnabend 1/8 Uhr:

**Wasserfahrt auf der Saale**  
 Teilnehmerkarten 1 M. Abfahrt von der Feinschiffbrücke

Sonntag, nachmittags 3 Uhr, im „Volkspart“:

**Großes Garten- und Kinderfest**  
 Eintrittskarten: Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf.  
 — Jedes Kind erhält ein Geschenk —

Die ganze arbeitende Bevölkerung von Halle und  
 Umgegend ist zu diesem Fest der proletarischen Ver-  
 brüderung herzlich eingeladen

Das Ortskomitee der ZM.

## Berzine

**Wir brauchen Geld**  
 und verkaufen deshalb alle alten  
 Bestände mit einem Rabatt von

# 20%

Wiederverkäufer erhalten  
 entsprechende Sonderpreise

# Letaco

G. m. b. H. 2477

(Leipzigiger Tabakhaus)

Mauerstr. 1 — Trieststr. 1

Zentrale: Leipzig, Querstr. 28

Alle Marken Zigaretten  
 in großer Auswahl wieder da

**Zeitungsträger**

für Oberböblingen a. Helme  
 für sofort gesucht. Zu melden bei

Lito Schüge

**Zeitungsträger**

für Clobitzgau per loc. gesucht.

Meldungen beim Gen. Hansen-  
 reifer, Gehilfen bei Mücheln.

**Wahl**

Kleine Anzeigen!

Was! Kind - Gesunde

und gesunde Ver-

hältnisse, Unter-  
 richtung, Ver-

ständnisse haben  
 über diese Ziele!

**Sowjetsterne**

in den bekannten Größen.

Stück 40 und 50 Pf.

**Runen, Stk. 40 Pf.**

**Edelstein-Anhänger 1,-**

**RSZ-Abzeichen st. 50 Pf.**

wieder eingetroffen.

Zu beziehen durch die

**Bezirks-Buchhandlung**

und deren Filialen

**Hausfrauen**

kaufen nur bei unseren

„Prezenter“

Empfehle für diese Woche:

**Prima Rind- und Schweinefleisch**

sowie hausgeschlachtete Wurstwaren.

**Speck und Schinken**

**H. Barne**

zu konkurrenzlos billigen Preisen

**Nachsel, Fleischerei**

Merseburg, Große Ritterstraße 12

**Damen-Garderobe**

erhältlich

ledermann

**Ferren-Garderobe**

erhältlich

ledermann

**Einzel-Möbel**

erhältlich

ledermann

**Kompl. Küchen u. Schlaf-Zimmer**

erhältlich

ledermann

**Hermann Liebau**

Halle a. d. S.

Mersburger

Straße 22

**Bringen Sie Ihr Kind**  
 an die frische Luft  
 in einem kleinen 2476

**Kinder- oder Klappwagen**

Zur Vermeidung solcher, ebenso von Stühlen,  
 wagen, Kinderbetten, Kinderstühlen, Schau-  
 stühlen bieten wir Ihnen die günstigen Möglichkeiten  
 durch billige Preise, größte Auswahl  
 und exzellente Zahlungsbedingungen.

Führendes Spezialhaus  
**Bruno Paris, Brüderstr. 3**  
 1 Minute vom Markt

# Großes Preisgegnen

im  
**Galkhof „Dreierhaus“, Mendorf**  
 vom

**24. August bis 7. September**

1. Preis: 1 Motorrad, Führerschein u. Neue-  
 (rel. Fabrikneu (9. Bremer)
2. Preis: 1 Standuhr (Fa. Köhlich, Markt 13)
3. Preis: 1 Original-Brennabor-Straßenrenner  
 mit Schlauchreifen (9. Bremer)
4. Preis: 2 Ziegen \*527
5. Preis: 1 Herren-Kemontoir- Uhr
6. Preis: 10 Flaschen Käse (G. Müller-Galle)

Alle Freunde und Gönner des Regel-  
 sports sind herzlich eingeladen.  
 Bedingungen sind im Lokal ersichtlich.  
 Die Bahn ist von 10 Uhr vormittags an  
 geöffnet

**Arb.-Radl. Bund „Solidarität“**  
 Ortsgruppe Neumarkt

Zu unserem am Sonntag, dem 24. August  
 in Schumanns Lokal stattfindenden

# Stiftungsfest

biten wir die Ortsgruppen des 6. Bezirks sowie  
 alle Freunde und Gönner des Radportes recht  
 zahlreich zu erscheinen

Der Vorstand

**Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
 „Solidarität“  
 Ortsgruppe Wittroda

Sonntag, den 24. August 1933

# Kinderfest verbunden Ball

Anreten der Mitglieder nebst Kindern nach-  
 mittags 1/2 Uhr bei Sportbruder Geiß, Töpfer-  
 straße 1. Laternen und Lichter sind im Lokal zu  
 haben

Das Festkomitee.

**Zeitungsträger**

sofort gesucht. Meldungen bei

**Gladner, Feilerdors, Kreis**

**Muschelbutter**  
 mit dem Stern

allerbeste deutsche Molkereibutter  
 Preis 1,10 849

**W. Eberling, Weißentels**  
 Aufgangsgasse, Ede-Fronenade

**Aut Abzahlung!**

Gardener, Mann-  
 schaftsbüro, Gar-  
 tner, Selbstver-  
 handlung, Fern-  
 damententwerfer,  
 Schürzen usw.

**Carl Rasemann**  
 Ede-Fronenade 35

**Wibhelm Lehmann**

im leise Ehren emfassen, legen  
 sich diesem in ungenügender  
 für die tollsten u. bedeutungs-  
 losen Worte d. Gen. Reichenbach,  
 sowie den Zusammenhang des Ge-  
 schickes des Sektors.

Die Vertretung der Ge-  
 meinde, Herrn Schmidt und  
 Meißner-Krüger, Leiter der Ab-  
 teilung, Angehörigen u. Kol-  
 lektoren, im Herbst 1932  
 Bülberg, d. 22. Aug. 1934  
 Weissenfels, Meissen-  
 Weissenfels, Weissenfels

# Inferenten! Fordert Offerten über Druckmaschinen ein

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. Andere Vertreter haben zu melden.







# Mus den Gewerkschaften

## Zum 11. Kongress der Textilarbeiter-Internationale

In Wien haben aus Deutschland der Verband der ausgeschlossenen Textilarbeiter und im Rahmen der gesamten oppositionellen Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen, ohne Unterschied ihrer gewerkschaftlichen Organisationen eine Reihe von Beschlüssen folgende Anträge und Anfragen gestellt:

### Antrag an den 11. Kongress der Textilarbeiter-Internationale, Wien.

Ende des Jahres 1923 sind vom Zentralverband die Filialen Guben und Limbach aus dem Verband ausgeschlossen worden, ferner eine große Anzahl von Mitgliedern anderer Filialen, lediglich, weil sie ihre oppositionelle Haltung gegenüber dem Vorstand wegen seiner arbeitseigenständigen Politik mit der Bourgeoisie und wegen der Vernichtung der Demokratie im Verband bekundet haben.

Durch die Spaltung erlitt die Textilarbeiterbewegung in Deutschland einen schweren Stoß, der nur durch Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen weitgehend werden kann.

Die Unternehmer haben die selbstverursachte Schwäche des Textilarbeiterverbandes und der gesamten Arbeiterbewegung in Deutschland benutzt, um eine rassistische Offensive gegen die Arbeiter durchzuführen. Der Arbeiterstaat drohen neue Gefahren in Gestalt des Sachverständigenausschusses, das als Ausweitung weitere Verlängerung der Arbeitszeit, weiteren Lohnraub hat.

Um den Sieg der revolutionären Kapitalistenpartei zu können, ist die Einheitsfront der Arbeiter ein unbedingtes Erfordernis, die letzte gewerkschaftliche Einheit hindert die Verwirklichung dieser Einheitsfront.

Wir erwarten, daß der Internationale Textilarbeiterkongress den Deutschen Textilarbeiterverband, insbesondere seinen Vorstand, verpflichtet, seine Ausschüsse mehr von Mitgliedern weitaus näher Propaganda vorzunehmen und die im Verband der ausgeschlossenen Textilarbeiter zusammengeschlossenen Arbeiter und Arbeiterinnen mit ihren alten Rechten im Deutschen Textilarbeiterverband sofort wieder aufzunehmen oder zumindest Verhandlungen wegen ihrer Wiedereingliederung einzuleiten.

### Der Verband der ausgeschlossenen Textilarbeiter Deutschlands, F. A. Heintze.

### Offener Brief

an den 11. Kongress der Textilarbeiter-Internationale, Wien.

Im Namen von Hunderttausenden von Textilarbeitern und Textilarbeiterinnen in Deutschland richten wir an den 11. Kongress der Textilarbeiter-Internationale folgende dringliche Anträge und Anfragen:

1. Auf dem letzten Kongress der Textilarbeiter-Internationale im Jahre 1921 in Paris wurde beschlossen, daß in allen Ländern um die 40-jährige Arbeitswoche gerungen werden soll.

In Deutschland ist es den Unternehmern durch planmäßigen Angriff auf die Arbeiterklasse und infolge der Zerstückelung der Gewerkschaften, auf die wir noch zurückkommen, gelungen, den Achtstundentag und damit auch die in der deutschen Textilarbeiterindustrie durchgesetzte 40-Stundenwoche in eine 53-, ja 56-jährige „Normal“-Arbeitszeit umzuwandeln. Der ADGB, und mit ihm der Deutsche Textilarbeiterverband, hat aber nicht den Kampf gegen diese Angriffe organisiert. Sie haben nicht die notwendigen Schritte unternommen, das der Bourgeoisie die Handhabe für eine „legale“ Durchbrechung des Achtstundentages (Arbeitszeitgesetz) bot. Die Zentralvorstandsmitglieder Jüdel und Fernhals haben in Funktionärenterminen im Reich erklärt, daß man die Verlängerung der Arbeitszeit kampflöslich hinnehmen müßte. Ein solches Verhalten in der Textilarbeiterindustrie in allen Ländern ist, soweit wir wissen, der Achtstundentag zum Teil befristet, zum Teil fast befristet.

Wir sprechen die Erwartung aus, daß der Internationale Kongress die Sinnhaftigkeit der Forderung des Achtstundentages durch die Delegation der Textilarbeiterverbände hinanz zurückzuführen und konkrete Anweisungen gibt, daß die gesamte Arbeiterbewegung zum Kampf für den Achtstundentag mobilisiert und organisiert wird.

2. Das Sachverständigenausschusses bedeutet eine schwere Belastung der deutschen Textilarbeiterklasse. Das Sachverständigenausschusses führt für die Ausdehnung des deutschen Staatshaushaltes nicht eine härtere Demagogik der bürgerlichen Klasse, sondern verschärft den Druck auf die Arbeiterklasse vor. Die Arbeitslosenvermittlung soll vergrößert oder ganz abgeschafft werden. Monopolsachen auf Tabak, Bier, Zucker und Erhöhung der indirekten Steuern, die ebenfalls vorgeschlagen sind, müssen in der Hauptsache und am schwersten die arbeitende Bevölkerung treffen. Die deutschen Unternehmer suchen sich trotz der Reparationslasten (schonlos) zu halten und lassen jetzt den Auswärtigen vorzuziehen, inwiefern sie die Arbeitslosigkeit wieder verschärfen und die Arbeiterklasse durch die Einschränkung und Schließung der Betriebe das Heer der Arbeitslosen vermehren.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hat unter der Arbeiterklasse die Annahme des Sachverständigenausschusses propagiert. Wir Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen aus den Betrieben können nicht einsehen, daß die Annahme des Sachverständigenausschusses als „kleineres Übel“ angesehen wird, weil es der deutschen Arbeiterklasse die erwünschten unerschütterlichen Bedingungen bringt. Wir machen auch aufmerksam auf die Auswirkungen, die eine noch härtere Unterdrückung der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben der anderen kapitalistischen Länder bringen wird. Das haben auch Wikström und Kimmern auf der Tagung der Transportarbeiter-Internationale in Hamburg klar betont.

Wir erwarten, daß der Internationale Textilarbeiterkongress die schädlichen Wirkungen des Sachverständigenausschusses sowie der anderen Vereinbarungen an die Arbeiterklasse ohne Befehlshaltung aufweist und im deutschen und internationalen Rahmen den Kampf der Arbeiter gegen das Sachverständigenausschusses proklamiert und organisiert.

3. Um diesen Kampf führen und von allen Seiten her den Kampf der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische System und gegen die kapitalistische Staatemacht organisieren zu können, halten wir die Verwirklichung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung für dringend erforderlich. Wir erwarten deshalb, daß der Internationale Textilarbeiterkongress die notwendigen Schritte unternimmt, um die revolutionären Textilarbeiterorganisationen in England, Frankreich und der Tschechoslowakei aufnimmt, daß ferner die Textilarbeiter-Internationale beim Amsterdamer Bureau für die Vereinigung der Amsterdamer und Moskauer Internationale auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes eintritt.

4. In Deutschland hat der Deutsche Textilarbeiterverband seit Ende vorigen Jahres eine regelrechte Spaltungskampagne betrieben und dadurch Hunderttausende von Mitgliedern verloren. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen sind aus dem Verband ausgeschieden, weil sie die Preisgabe des Achtstundentages und die arbeitseigenständige Politik des Zentralverbandes für schädlich halten, insofern das Verbotes aber durch Unterdrückung der Demokratie im Verband keine Gelegenheit zur Vertretung ihrer Meinung bekommen haben. Aber nicht nur das: Der Zentralverband des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat in allen Teilen des Reiches Mitglieder über Mitglieder aus dem Verband ausgeschlossen, weil sie sich gegen die verdammte Politik des Zusammenarbeitens mit der Bourgeoisie ausgesprochen haben. Von weniger Tausend zum dem letzten Verbandstag wurden — eine ungeheure Anzahl von Mitgliedern — die sieben der kommunistischen Partei angehörenden Mitglieder des Gauverbandes Gera aus dem Verband ausgeschlossen und zusammen mit drei hundert Kollegen die Hälfte

der von der Opposition gewählten Verbandsdelegierten durch Ausschluß vom Verbandstag ferngehalten. Selbst die Behauptungen der Ausschlußlisten wurden auf dem Verbandstag nicht verhandelt. Durch diese Praxis des Zentralvorstandes des Deutschen Textilarbeiterverbandes wurden die Unternehmer zu neuen Schandtaten gegen die Arbeiter ermutigt.

Aus diesen Umständen erklärt sich, daß unter den Textilarbeitern eine starke Abneigung gegen den Wiedereintritt in den Deutschen Textilarbeiterverband vorhanden ist. Sie erklären, daß, wenn die vielen ausgeschlossenen Kollegen und Kolleginnen, insbesondere die von ihnen gewählten Ortsvorstände, nicht wieder im Verband aufgenommen werden, sie dort nicht mehr mitarbeiten werden.

Wir halten die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse und die Sammlung der Arbeiter einer Industrie in einem Verband für eine der wichtigsten Voraussetzungen eines erfolgreichen Kampfes gegen die Unternehmerrückfälle wie gegen das kapitalistische System überhaupt. Wir erwarten daher, daß der Textilarbeiterkongress sich für die Wiedereingliederung der ausgeschlossenen Textilarbeiter in Deutschland einsetzt und den Deutschen Textilarbeiterverband verpflichtet, sofort entsprechende Maßnahmen zu treffen. Wir erwarten ferner, daß der Kongress auf dem internationalen Maßstab erste Schritte für die Vereinigung der gesamten Arbeiterklasse in einer Internationale unternimmt. Eine Adresse auf diesen Punkt wird wir an die Adresse: J. Hahn, Chemnitz-Parthau, übermitteln.

Chemnitzer Altien-Spinnerei, A. S., Chemnitz.  
Mechanische Weberei, Naumburg.  
Ortsausschuß des ADGB, Naumburg.  
Hilf-Wert Burgmann, Naumburg.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Besetzt in allen Betrieben die in den Anträgen berührten Fragen, schickt Euch zusammen in einer festen Kampfront, verlangt die Wiederaufnahme aller Kollegen und Kolleginnen im Deutschen Textilarbeiterverband, die dort aus anderen Gründen als erfolglos Verhandlungen ausgeschlossen worden sind!

## „Kommunistische Untriebe in den Gewerkschaften“

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist die Internationale der kapitalistischen Regierungen. In Deutschland füßten sich die Amsterdamer schon seit dem Verrat von 1914 als staatsbehaltende Kraft. Die politische Rolle der Amsterdamer im kapitalistischen Klassenkampf findet ihren organisierten Ausdruck in der Arbeiterkollaboration mit dem Unternehmertum und ihren parlamentarischen Versuchen der Reaktionspolitik. In allen großen Kämpfen der letzten Zeit haben die Amsterdamer das „Staatswohl“ höher als das Klasseninteresse des Proletariats. Die Bourgeoisie weiß diese Aufgabe zu schätzen. Die kommunistische Presse hat an vielen Beispielen regelmäßig den Nachweis erbracht, daß sich Unternehmerorganisationen und kapitalistische Regierungen für die Amsterdamer Gewerkschaften einsetzen. Die herrschende Klasse betrachtet die reformistischen Gewerkschaftsverbände heute als einen unentbehrlichen Bestandteil des kapitalistischen Staates, als staatsbehaltende Organisation.

Diese Rolle der reformistischen Gewerkschaften wird in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 6. August charakteristisch gezeichnet in einem Aufsatz, der die Reichsregierung auffordert, gegen die „Grunder“ des Kommunismus in Deutschland mit den härtesten Gewaltmaßnahmen vorzugehen. In dem Aufsatz heißt es:

## Über 300 000 Arbeitslose im Ruhrgebiet!

Nach der offiziellen Statistik des Reichsarbeitsministeriums ist die Zahl allein der unterirdischen Arbeitslosen im Ruhrgebiet in der Zeit vom 1. Juli bis zum 1. August von 240 000 auf 290 000 gestiegen. Es wird erwartet, daß die Zahl der Arbeitslosen im nächsten Jahr über die offizielle Ziffer.

Nach allen diesen Statistiken ist anzunehmen, daß die Zahl der Arbeitslosen im ganzen Reich über eine Million beträgt. Die Arbeiterklasse muß alle Kräfte anspannen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Wiedereingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß zu erwirken. Der Kampf um die Kontrolle der Produktion ist das Mittel, um die kapitalistische Produktionsweise zu bekämpfen und die Wiedereingliederung der Betriebe zu erzwingen.

## Brotmutter!

In der Zeit vom 1. Juli bis zum 18. August sind die Preise pro Tonne für Weizen von etwa 140 Mark auf circa 205 Mark, für Roggen von circa 130 Mark bis circa 155 Mark gestiegen.

Die Bäcker haben in diesen paar Wochen Millionen über Millionen an Wucherpreisen verdient. Zeit, wenn die Arbeiter, was sie erwarten, wenn die Schulgasse kommt.

## Ausdehnung des Michael-Kongress

Der Kongress des Berichtigten „Stabilitätserwartungswinklers“ Michael hat eine weitere Ausdehnung erfahren, er hat einen beträchtlichen Teil der Aktien einer Bräudenbau A.G. in Geneth und Wübel erworben.

Während die Lage der Arbeiterklasse sich immer verschlechtert, sammeln die Großbesitzer Millionen um Millionen!

## Wachsende Produktionsabotage

Im Ruhrbezugsbau wurden in der letzten Woche auf 147 Schächten ein 135 637 Arbeiter eingestellt. Für die letzten vier Wochen ist die Zahl der Arbeiter auf 909 007 gestiegen.

Die Erwerbslosigkeit in Duisburg ist infolge der planmäßigen Abotage der Produktion durch den Unternehmer häufig im Steigen begriffen. In der vergangenen Woche ist die Zahl der durch die beherrschende Statistik erfassten Erwerbslosen um 400 gestiegen, und beträgt heute die Zahl der Erwerbslosen, die keine Unterbringung besitzen, etwa 5500. In die angegebenen Zahlen sind noch nicht eingerechnet die 242 Arbeiter, die durch die Auslieferung im Langenauer auf Pfahler gemornt sind.

Die Bafische Maschinenfabrik in Durlach hat ihrer gesamten Belegschaft von rund 700 Mann auf den 5. September getündigt.

## Polizeiüberfall auf kommunistische Jugend und Kindergruppe

(Eig. Drahtg.) Frankfurt, 22. August.

Auf dem am Sonntag in Fochenheim stattgefundenen Platen Jugendtag sind 1500 Teilnehmer erschienen. In der ersten Sitzung wurde auf einen Zusammenstoß mit der Polizei. Als die Kindergruppe und einige Jugendliche im Begriffe waren, in den Wald zu gehen, um abzutun, wurden sie plötzlich von einigen mit Gewehr und Pistolen bewaffneten Polizisten überfallen und derart miß-

handelt, daß einige Kinder und Jugendliche auf dem Platz zum Teil schwer verletzt liegen blieben. Der sozialdemokratische Bürgermeister Dam sah in diesem Unrecht eine Gefahr für die Republik und veranlaßte das Entschließen der Polizei.

„Vollstille“-Suhl verboten!

(Eig. Drahtg.) Suhl, 22. August. Der „Vollstille“-Suhl wurde vom Innenministerium wegen eines Streiks „zum Verbot“ auf 14 Tage für Groß-Bairingen verboten.

Genosse Müller-Suhl verurteilt

Der Genosse Müller, der sich unter dem Namen Rohde in Suhl aufhielt und als Redakteur des „Vollstille“-Suhl tätig war, wurde vorzeitig entlassen, nachdem er sich in Suhl als Genosse Müller-Suhl bekannt gemacht hatte. Er wurde wegen Verstoßes gegen die Verbotssatzung verurteilt. Hier ist ein Prozeß wegen Verstoßes gegen die Verbotssatzung anhängig.

Nur weiter so!

Der Gesamtverband der Arbeitgeber für Hanau und Umgebung hat unter dem 14. Juli ein Rundschreiben herausgegeben, dem wir folgendes entnehmen:

„Das außerordentliche Verhalten und die erhöhte geheime Betriebsamkeit der APD, und ihrer Organisation, namentlich auch in den einzelnen Industriebetrieben, macht es dringend erforderlich, nicht mehr als bisher die Bewegung Zimmerlampe zu scheitern und die breite Öffentlichkeit über diese Zustände aufzuklären.“

Weiterhin fügt man einen Bericht, der von dem Bund der Arbeitgeberverbände gemeldet wurde, bei, der sich mit der Betriebszellenorganisation und Betriebszellenleitung der APD beschäftigt.

Weiter wird uns mitgeteilt, daß sich auch die Polizei mit uneren Betriebszellen beschäftigt. Die Polizei in Halle hat sich auf die Berliner Polizei gemeldet und diese beantragt, daß der Druck der Arbeiter in der „Deutschen Arbeiter“-Zeitung wird, da sich diese vermutlich in Berlin befindet.

Haarmann in Juba

Wie einunddreißig festgestellt worden ist, hat sich der Massenmörder Haarmann in Juba aufgehalten. Er war Ende Mai oder Anfang Juni 1920 dort aufgehalten und hat mit „Friedrich Schmeißner“ gehandelt. Man will auch darauf hinweisen, daß die hiesigen Arbeiter haben, so daß es wahrscheinlich ist, daß Haarmann in Juba oder in dessen näherer Umgebung ein Verbrechen begangen hat. Es ist auch festgestellt worden, daß er am Bahnhof Juba junge Leute angesprochen hat, darunter einen jungen, mittellosen Heiden, dem er 2 Mark und ein Hemd geschenkt hat. Die Unterredung ist als ferner wahrscheinlich gemacht, daß auch weibliche Personen von Haarmann getötet wurden.

Reaktionärer Ordnungsheld und Raubmörder

Götha, 22. August.

Als Mörder des Kaufmanns Rother, der vor vier Jahren nach der Strafe erkrankte und verstarb, wurde, hat sich jetzt in Götha ein weiterer Raubmörder, Kaufmann Rother, der in der Polizei gefasst wurde, gezeigt. Er hat einige Zeit bei einem norddeutschen Freikorps gedient und sich dort zahlreicher Verbrechen schuldig gemacht, derenwegen ihn die Staatsanwaltschaft Reddicklich verfolgte.